

**Erstheint in Leipzig**  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Eubers,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Haf,  
S. W. Corner Third and  
Coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 1/2 Sgr., für die  
übrigen Deutschen Staaten  
16 Sgr. pro Quartal.  
**Monats-Abonnements**  
werden bei allen Deutschen  
Postanstalten auf den 1ten  
u. 5ten Monat und auf den  
3ten Monat besonders an-  
genommen, im Kgr. Sachsen  
u. Herzth. Sachf.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat  
à 5 1/2 Sgr. angenommen.

**Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.**

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei- u. Gelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Bergzugs-  
Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeit- u. Zeile berechnet.

Nr. 32.

Mittwoch 18 März.

1874.

## Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal und fordern wir deshalb zu zahlreichem Abonnement auf das wöchentlich einmal erscheinende Partilorgan auf.  
Der Preis beträgt 16 Sgr. (56 Kr. rh.) pro Quartal, 5 1/2 Sgr. (18 1/2 Kr. rh.) pro Monat, in Preußen incl. Stempelsteuer 21 1/2 Sgr.  
Alle deutsche Postanstalten nehmen Abonnements entgegen. Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender Weise berechnet:  
für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 kr. rh.);  
für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (6 fl. 6 kr.);  
für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritannien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Ngr. (6 1/2 fl. 6 kr.);  
für Spanien und für Amerika 2 Thlr.  
Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis (mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Ngr. pro Quartal und 6 Ngr. pro Monat festgesetzt. Man abonniert bei der Expedition dieses Blattes, Zährstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für **Bolkmarsdorf, Reudnitz, Reuschönfeld** u. bei D. Stelzer, **Reudnitz, Kapellengasse 11, 2 Tr.**, für **Blagwitz und Lindenau** u. bei Frau Hohe, **Blagwitz, Rischow'sche Str. 6**, für **Gonnwitz** u. bei Teubert, **Voranische Straße 19**, für **Kleinhöfchen** und Umgegend bei Fleischer, **Kr. 87** daselbst, für **Thonberg** bei Horn, **Hauptstr. Nr. 95**, für **Stötteritz** bei D. Richter.  
Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten. Abonnements bei der Expedition, sowohl einzelne wie von Filialen, welche nicht rechtzeitig erneuert worden, werden vom 1. April an nicht mehr effektuiert.  
Bei Nachbestellung ist an die Post 1 Sgr. Bestellgebühr außer dem Abonnementsbetrag zu entrichten.

1848 Zum 18. März 1871.

Der Schlag in Paris, welcher am 24. Februar 1848 den Thron des Bürgerkönigs zertrümmerte, wachte ringsum die Völker aus dem Schlaf und brachte alle übrigen Throne, große wie kleine, in zitterndes Schwanken. Durch Deutschland namentlich ging die Bewegung wie ein Lauffeuer: in Süd und Nord, in Ost und West überall das Weiterleuchten der Freiheit. Zum ernsthaften Blitzen kam es aber erst gegen Mitte März. In Wien brach der Sturm los und segte am 13. März Metternich weg, den gehäßtesten und mit Recht gehäßtesten Vertreter des infamen Regierungssystems, das seit 1815 auf unserem Vaterland gelastet hatte. Und der Sturm segte weiter. Von der blauen Donau nach den Ufern der Strem. Unbeschreiblich war die Wirkung der Wiener Ereignisse auf Berlin, das schon seit einigen Tagen gehäht hatte. Der König, Friedrich Wilhelm IV., dem bald der „Ludgeruch der Revolution“ in die romantische Nase steigen sollte, entschloß sich zu einigen Conzessionen, durch welche er die heranbrauende Windbraut zu beschwören hoffte. Er rechnete auf die politische Unerfahrenheit, auf die tölpelhafte, leicht zu überhöhlende Gutmüthigkeit des Volkes. Und die Rechnung war nicht falsch. Sie wurde jedoch durchkreuzt durch einen jener weltgeschichtlichen „Zusätze“, die man damals „Misverständnisse“ zu nennen pflegte. Am Nachmittage des 18. März, vor 2 Uhr, drängten sich dicke Volksmassen vor dem königlichen Schloß, und jubelndes Vivat! ertönte aus tausend Kehlen dem großherzigen Monarchen, welcher sich seinen Unterthanen so gnädig bewies, und der vom Balkon huldreich lächelnd herabwinkte. Da mit Einem Male ändert sich die Scene: aus dem Schloßportal rücken unglücklich Soldaten hervor und treiben die Menge zurück; gleichzeitig trabt Cavallerie aus den benachbarten Straßen an den Schloßplatz, wo die Menge zusammengeteilt stand. Verblüfftheit der wehrlosen Masse, Verwirrung, rasch übergehend in grimmigen Zorn — Verrath! Verrath! Man glaubte an einen Hinterhalt; Alles suchte sich zu retten, zu rächen. In Schreck und Wuth stürzte das Menschengewimmel durch die vom Militär freigelassenen Straßen; zahlreiche Bewundete legten lebendiges Zeugniß ab, daß die Schüsse, welche gefallen, nicht blind, und die Säbel der Dragoner nicht in der Scheide stecken geblieben waren, wie die Herren vom Hof hernach läugerisch behaupteten. Ob es ein vom König beabsichtigter Hinterhalt war, mag bezweifelt werden. Ein Hinterhalt aber war es, und die Stimme des Volkes klagte den Bruder des Königs, den damaligen Prinzen von Preußen als den Schuldigen an. Der feige, hinterlistige Ueberfall mußte gestrichelt werden. Barricaden erhoben sich, vereinzelt, planlos, bald in allen Theilen der inneren Stadt und nach bestimmtem Plan. Allmählich entbrannte der Kampf, mit anfänglichen Vortheilen der Truppen; der Widerstand ward aber von Minute zu Minute härter und erbitterter. In der Dämmerung begann der Kampf und wüthete die ganze Nacht durch bis zum Morgen des 19. März: da hatte das Königthum die Partie verloren. Friedrich Wilhelm mußte die Truppen aus der Stadt ziehen und haarte zitternd des Urtheils, welches das Volk über ihn sprechen und an ihm vollstrecken würde. — Das Volk kam, es war un-

gefähr Mittag, 22 Stunden nach dem naiven Volksdank, dem ein so schändlicher Königsdank gefolgt war, — das Volk kam, Tausende und Abertausende, voran die Bewaffneten, pulvergeschwärzte Proletarier, Studenten, Mitglieder der Schützengilde, — und über die Häupter hervorragend auf Brettern die blutigen Leichen der Kampfer. So zog das Volk vor das Schloß der preussischen Könige, aus dem wenige Stunden vorher der Prinz von Preußen geflüchtet war. Und nun — doch lassen wir den Dichter\*) die Scene schildern, die auf ewig eingegraben ist in die Jahrbücher der Geschichte und — in die Annalen des menschlichen Wahnsinns:  
Die Kugel mitten in der Brust, die Stirne breit gespalten,  
So habt ihr uns auf blutigem Brett hoch in die Luft gehalten!  
Hoch in die Luft mit wildem Schrei, daß unsre Schmerzgerbe  
Dem, der zu tödten uns befahl, ein Fluch auf ewig werde!  
Daß er sie sehe Tag und Nacht, im Wachen und im Träume —  
Im Dessen seines Bibelbuchs wie im Champagner'schaume!  
Daß wie ein Brandmal sie sich tief in seine Seele brenne:  
Daß nirgendwo und nimmermehr er vor ihr stehen könne!  
Daß jeder qualverzogne Mund, daß jede rothe Wunde  
Ihn schreie noch, ihn ängste noch in seiner letzten Stunde!  
Daß jedes Schluchzen um uns her dem Sterbenden noch schalle,  
Daß jede todte Faust sich noch nach seinem Haupte balle —  
Wozu er das Haupt nun auf ein Brett, wie andre Leute pflegen,  
Wozu er es auf ein Blutgerüst zum letzten Athem legen!  
So war's! Die Kugel in der Brust, die Stirne breit gespalten,  
So habt ihr uns auf schwankem Brett auf zum Altan gehalten!  
„Herunter!“ — und er kam gewankt — gewankt an unsrer Bette;  
„Hut ab!“ — er zog — er neigte sich! (so sank zur Marionette,  
Der erst ein Komödiant war!) — bleich stand er und bekommen!  
Das Heer indes verließ die Stadt, die sterbend wie genommen,  
Dann „Jesus meine Zuversicht!“ wie ihr's im Buch könnt lesen:  
Ein „Eken meine Zuversicht!“ war päpstlicher gewesen!  
Das Volk hatte den König amnestirt, seinen Mörder ver-  
ziehen, nachdem es sie befestigt und gedemüthigt\*). Und es ver-  
zieh nicht bloß: es traute ihnen, es vertraute sich ihnen an.  
Am 22. März wurden die Todten des Volks, darunter fünf  
Frauen und zwei Knaben, in 183 Särgen auf dem Friedrichs-  
hain bestattet.  
Schon im folgenden Juli rief ihr Geistermunde den Leben-  
den zu:  
„Weh euch, wir haben uns getäuscht! Vier Monden erst ver-  
gangen!  
Und Alles feig durch Euch verschert, was trotzig wir errangen!  
Was unser Tod Euch zugewandt, verlorstet und verloren —  
O Alles, Alles hörten wir mit leisen Geistesohren!  
Wie Wellen braust an uns heran, was sich bezag im Lande:  
Der Aberwitz des Dänenkriegs, die letzte Polen'schande;  
Das rüde Toben der Vendee in stöckigen Provinzen;  
Der Soldateska Wiederkehr, die Weiberkehr des Prinzen.“ —  
Der November machte dem Freiheitsstraum vollends ein Ende,  
und zwar durch eine Farce, in welcher der militärische Hanswurst  
Wrangel die groteske Hauptrolle zu spielen hatte. Die Contre-  
revolution vollendete sich auch in den Geistern: der Rüdste beim  
„rüden Toben der Vendee in stöckigen Provinzen“ ist heute bei  
unveränderten Prinzipien Diktator von Deutschland, und „der  
Prinz“ von damals ist Kaiser von Deutschland.  
„Weh Euch, wir haben uns getäuscht. Fünf Lustren\*) erst ver-  
gangen,  
Und Alles feig durch Euch verschert, was trotzig wir errangen.“ —  
Drei und zwanzig Jahre nach jenem Berliner März erhob sich  
die Revolution in ihrer Mutterstadt siegreich gegen die frechen  
Verschwörer, welche die neugegründete französische Republik er-  
droffeln wollten. Freudig hatten die Arbeiter von Paris die Ent-  
behrungen, die Gefahren der Belagerung ertragen, knirschend, aber  
durch die Umstände zur Unthätigkeit verdammt, mitzugesehen, wie  
Unfähigkeit und Verrath der herrschenden Klassen mit einander  
wetteiferten, Frankreich dem Ausland zu überliefern. Die Capitu-  
lation erfolgte. Trochu's „Plan“ enthielte sich und die Männer,  
die im September dem Feinde „keinen Stein“ geben zu wollen  
geschworen, gaben ihm zwei Provinzen.  
Nach der Capitulation tritt eine kurze Pause ein. Paris muß  
zunächst an Beseitigung der Hungernot denken. Die Wahlen  
finden statt für die Versammlung, die über Krieg oder Frieden  
entscheiden soll. Paris wählt mit überwältigender Majorität Ver-  
treter der Republik, der Revolution, des revolutionären Kriegs.  
Anderer die Provinzen, die eine Mehrzahl von Royalisten, Ord-  
nungsfanatikern und Landesverräthern aller Schattirungen nach  
Bordeaux schicken. Die Mehrheit entscheidet für Frieden und jeden  
Preis, für Ruhe um jeden Preis. Mit Empörung betrachtet das  
Pariser Proletariat die Organe der Krautjunkerversammlung von  
Bordeaux, deren händliche Servilität gegen den fremden Eroberer  
nur übertroffen wird durch ihren wüthenden Haß gegen die  
Republik.  
Was thun? Den Krieg fortsetzen der Nationalversammlung  
zum Trotz? Es ist unmöglich geworden Dank der viermonatlichen  
Demoralisation und Desorganisation durch die Regierung „der  
nationalen Vertheidigung“! So bleibt nur Eins, wenigstens zu  
versuchen: Rettung der Republik!  
Thiers, den die Krautjunkerversammlung an die Spitze ge-  
stellt, ist Royalist; ist, wie er schon im Jahr 1848 bewiesen, ein  
fanatischer, blutdürstiger Feind des Proletariats.  
\*) Freilich in seinem: „Die Todten an die Lebenden“.  
\*) „Die Todten an die Lebenden“.  
\*) Instrum (Mehrzahl Lustren): Zeit von 5 Jahren.

Die Arbeiter sind bewaffnet; sie sind während der Belagerung  
militärisch gedrillt worden; sie haben Flinten und Kanonen. Auf  
ihnen, in ihnen ruht die Republik. Die Regierung ist monar-  
chisch, die sogen. Volksversammlung ist monarchisch, — wird  
das Pariser Proletariat entwaftet, so ist die Republik auf Gnade  
und Ungnade in der Gewalt der Royalisten.  
Mitte März ertheilt die realistische Regierung den Befehl,  
dem Pariser Proletariat seine Kanonen zu nehmen. Es ist der  
Anfang der Entwaftung. Die Arbeiter widersehen sich. Ein  
blutiger Zusammenstoß wird aber vermieden bis zum 18. März.  
An diesem denkwürdigen Tag werden die Truppen zu einem ernst-  
haften Ueberrumpelungsversuch benutz. Er mißlingt: die Soldaten  
schlagen sich zum Theil auf die Seite des Volks, zwei Generale  
die wiederholt zum Brudermord aufgehetzt, Lecomte und Thomas,  
werden von ihren eigenen Soldaten getödtet, das Volk ist sieg-  
reich. — Die Würfel sind gefallen. Das Pariser Proletariat  
hat mit der monarchischen Regierung gebrochen und seinen Willen  
kundgethan: die Republik, welche es am 4. September ge-  
gründet, zu vertheidigen.  
Draußen vor den Thoren die rasch answellende Armee des  
Hrn. Thiers, rings um die Stadt eine halbe Million deutscher  
Soldaten, bereit, mit den Truppen des Hrn. Thiers zusammen  
zu wirken, sobald dieser es verlangt, das Land niedergeschmettert,  
nirgends Aussicht auf Hilfe! Fürwahr, es war ein großher-  
ziger Entschluß, unter solchen Umständen den Kampf  
anzunehmen für die Republik. Aber  
La République nous appelle,  
Sachons vaincre, sachons périr!  
Un Français doit vivre pour elle,  
Pour elle un Français doit mourir.\*  
Es war ein großherziger Entschluß und großherzig war die  
Ausführung. Dritthalb Monate lang hielt Paris das Banner der  
Revolution, der neuen, der sozialen Revolution heldenmüthig in  
ununterbrochenem Kampf gegen die Uebermacht aufrecht, und vom  
Blutverlust erschöpft fiel es endlich, durch die Größe des Falls  
den Sieger beschämend, den Sieger besiegend. Und nun liegt  
Paris da, „eine stolze Rebellenleiche“ — liegt da bis zum Tag  
der Auferstehung!  
\*) Refrain des berühmten Chant de départ (Lied beim Ausmarsch)  
von 1793:  
Die Republik ruft uns — Es gilt zu siegen oder zu sterben — Für  
die Republik muß der Franzose leben — Für sie muß er sein Blut geben.

## § 130.

In Nr. 67 des „Volksstaat“ vom vorigen Jahr brachten wir  
unter der Ueberschrift: „Paragraph 20“ überflüssig einen  
Leitartikel, den wir nachstehend ganz folgen lassen:  
„Das Obertribunal hat kürzlich über die Beziehungen des  
modernen Bürgers „Bourgeoisie“ zu den Bestimmungen des  
Strafgesetzbuches folgende Entscheidung abgegeben: Ein sozial-  
demokratischer Redner war wegen Friedensgefährdung durch  
Aufregung verschiedener Klassen der Bevölkerung u. c. angeklagt  
worden: hierbei hatten die Instanzgerichte angenommen, daß er  
durch den Ausdruck „Bourgeoisie“ eine erkennbare Mehrheit von  
Personen, also eine „Klasse der Bevölkerung“ bezeichnet habe. Die  
hiergegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde hat das Obertribunal  
zurückgewiesen und dabei ausgeführt: Der § 130 des Strafgeset-  
zbuches (Gefährdung des öffentlichen Friedens durch Aufregung zu  
Gewalthätigkeiten) setzt eine verartige Aufregung gegen eine Mehr-  
heit von Personen voraus, welche wegen gleicher Lebensstellung  
oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder  
Interessen als verbunden betrachtet und deshalb unter einer ge-  
meinschaftlichen Bezeichnung zusammengefaßt werden. Erforderlich  
ist dabei, daß die Mehrheit von Personen individuell erkennbar  
gemacht worden, und es läßt sich nicht läugnen, daß die in dem  
Worte „Bourgeoisie“ zusammengefaßte Mehrheit von Personen in  
genügender Weise äußerlich gekennzeichnet ist. Außerdem hat das  
Obertribunal dem Imploranten gegenüber ausgeführt, daß zur  
Anwendung des § 130 nicht erfordert werde, daß zu „alsbaldigen“  
Gewalthätigkeiten „direkt“ aufgefördert worden; es genüge viel-  
mehr eine Anreizung zu Gewalthätigkeiten in einer den öffent-  
lichen Frieden gefährdenden Weise, also eine Einwirkung, welche  
geeignet sei, zu einer Mißstimmung gegen eine Volksklasse hervorzu-  
rufen, die zu einem gewalthätigen Bruche des öffentlichen Friedens  
führen könne.“  
Nach dieser Entscheidung des obersten preussischen Gerichtshofes  
hat der Bundesrath es nicht mehr nöthig, ein neues Vereins- und  
Pressegesetz zu erlassen, und kann ruhig den famosen Bismarck'schen  
Pressegesetzwurf mit seinem famosen „Paragraph Zwanzig“ in  
den Papierkorb stecken. Der Gesetzesparagraph, welchen das Ober-  
tribunalgericht in obiger Weise „interpretirt“ hat, ist ein Theil  
des Reichsstrafgesetzbuches, also für das ganze geeinigte Deutsch-  
land gültig; und ist auch die Entscheidung des Obertribunals  
nicht absolut maßgebend für die Gerichtshöfe der außerpreussischen  
Reichsänder, so ist damit doch ein schwerwiegendes Präjudiz ge-  
schaffen; und es unterliegt bei der Stellung, welche Preußen jetzt  
in Deutschland hat, keinem Zweifel, daß, wenn und sobald höch-  
stens Orts der Wunsch besteht, die Interpretation des preussischen  
Obertribunals für das ganze preussisch-deutsche Reich Gültigkeit  
erlangen wird.  
Wie auf den ersten Blick klar wird, thut diese Interpretation  
jede Kritik, die nicht eine lobende ist, in Vann. Der leiseste  
Tadel, selbst wenn er sich in der allgemeinsten Form nicht gegen  
bestimmte nachhaft gemacht Individuen, sondern nur gegen „eine

Mehrheit von Personen" richtet, die durch eine Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind", fällt unter den Paragraph 130 des Reichsstrafgesetzbuches, welcher also lautet:

"Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thaler oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft."

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Ungerechtigkeit des herrschenden Lohnsystems auseinandergesetzt — Aufreizung" gegen die Klasse der Arbeitgeber, "eine Mehrheit von Personen, welche wegen gleicher Lebensstellung oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind": "Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird eine besonders standalöse Fabrikordnung, wie wollen nicht sagen gebrandmarkt, nein, bloß einfach abgedruckt oder verlesen — Aufreizung" gegen die Klasse der Fabrikanten, "eine Mehrheit von Personen, welche wegen gleicher Lebensstellung oder wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind": "Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird das Drückende des heutigen Militarismus rein sachlich, ziffermäßig hervorgehoben — Aufreizung" gegen die verschiedenen Kriegsminister, Generale und höheren Offiziere, "eine Mehrheit von Personen, welche wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind": "Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Trennung der Schule von der Kirche gefordert — Aufreizung" gegen die Klasse der Geistlichen (protestantische, alt- und neukatholische etc.), "eine Mehrheit von Personen u. s. w.": "Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird die Ansicht ausgesprochen, die Million Thaler des Reptilienfonds, welche jetzt notorisch für Pressekorruption und Polizeispionage verwendet werden, könnten eine dem Volkwohl förderlichere Verwendung finden — Aufreizung" gegen die Steuere, "Saubirten", und sonstigen Reptilien des Reptilienfonds, "eine Mehrheit von Personen, welche (unzweifelhaft) wegen einer Uebereinstimmung der Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind": "Geldstrafe bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

"In einer Zeitung oder Volksversammlung wird von der Unsitlichkeit des Diebstahls und der höheren wie niederen Saunerei und Spitzbüberei gesprochen — Aufreizung" gegen die christliche Bunt der "Gründer" jedweder Art, "eine (leider sehr zahl- und einflussreiche) Mehrheit von Personen, welche durch gleiche Ansichten, Zwecke oder Interessen als verbunden zu betrachten sind": "Geldstrafen bis zu 200 Thaler, oder Gefängnis bis zu zwei Jahren!"

Und so fort nach Belieben und ins Unendliche: Keine nicht völlig indifferente oder lobende Aeußerung, die nicht unter diesen monströsen § 130 und die monströsere Auslegung des preussischen Obertribunalgerichts zu bringen wäre!

Ja, dieser Paragraph 130 nach der Obertribunal-Interpretation ist weit wirksamer, oder genauer ausgedrückt: hat ein weit größeres Wirkungsgebiet als das Pressegesetz mit "Paragraph 20", sammt dem dazu gehörigen Vereins- und Versammlungsgesetz — denn er erstreckt seine Wirksamkeit nicht bloß auf die Presse und Versammlungen, sondern auch auf jede mündliche Privat-Aeußerung in der Straße, auf öffentlicher Promenade und in öffentlichen Lokalen; und vor Allem auf sämtliche Erzeugnisse des Büchermarkts, auf jedes wissenschaftliche Werk! Darwin's Schriften — von einem Buch, wie dem Marx'schen "Kapital" gar nicht zu reden — Humboldt's "Kosmos", ja Schiller's und Goethe's Werke (man nehme z. B. den Faust!) sind eminent "aufreizend" im Sinne des Paragraph 130 und des preussischen Obertribunals.

Wird man der Theorie die Praxis folgen lassen? Wir wissen es nicht; was wir aber wissen, ist, daß der "Paragraph 130", welcher sich wesentlich im "Code Napoleon" befindet, und jenseits des Rheines sehr streng und mit Obertribunal-Interpretationskunst gehandhabt worden ist, drüben in Frankreich den Sturz von vier Thronen nicht gehindert hat; und daß Regierungen, welche eines Paragraph 130 bedürfen, sich sehr schwach fühlen müssen.

Seit Obiges geschrieben, sind sieben Monate verstrichen, und in diesen sieben Monaten hat man sich in den leitenden Regionen von der Ueberflüssigkeit des § 20 überzeugt und in Bezug auf die obertribunalgerichtliche Interpretation des § 130 "der Theorie die Praxis folgen" lassen.

## Politische Uebersicht.

Ein Musterredacteur, Professor Viedermann, Redacteur der in Leipzig erscheinenden, mit dem stolzen Motto: "Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz" versehenen "Deutschen Allgemeinen Zeitung", gehört bekanntlich zu den Hauptstützen des Nationalalliberalismus; ein gelehrter Parlamentarier, eifriger "Reisemacher", erfahrener Wetterprophet, verkörpert er in sich nahezu das Ideal eines "praktischen Politikers" nach der neuesten Mode; und auf publizistischem Gebiet würden sich nur wenige Vertreter seiner Partei mit ihm messen können. Von Manchen an Schärfe der Auffassung und in stilistischer Hinsicht übertroffen — Professor Viedermann's lebhaftester Bewunderer kann ihm nicht eine gewisse, übrigens sehr respektable "dulness" absprechen — steht er in puncto des "Charakters" allen seinen Collegen voran. Die Besse des "Atta Troll" von Heine: "Kein Talent doch ein Charakter" sollen auf Professor Viedermann gemünzt gewesen sein, was wir jedoch bezweifeln, da er, als jenes Gedicht erschien, erst ganz neuerdings am politischen Horizont aufgetaucht war und noch nicht jene ausgezeichnete Anlage für dulness hervorbringend betätigt hatte. Ein Charakter aber war er — vom Talent nicht zu reden — und ein "Charakter" ist er; gleich der Runigunde des "Candide" hat er in den bedenklichsten Fährlichkeiten seine Tugend bewahrt. Gar manchmal tauchte er tief hinab in pechschwarzes Schlammwasser, und tauchte wieder auf, schüttelte, wie eine Ente, den Schmutz von seinem Federbusch und schwamm wieder lustig weiter im Entensumpf, ein "reiner Charakter". Doch lassen wir Professor Viedermann's "Charakter"; wir wollten ihn ja bloß als Musterredacteur zeigen. Und was haben "Charakter" und ein

"Musterredacteur" miteinander zu schaffen? Genug — mag man nun die politische Richtung des Mannes noch so sehr missbilligen, seinen publizistischen und parlamentarischen Flankenmärschen und Rückwärtskonventionen noch so wenig Geschmack abgewinnen, — Thatsache bleibt: die "Anstandsdame" wußte stets einen gewissen Anstand zu wahren und sich, mochte der Weg noch so kothig sein, die Stiefelchen und Untertröcke mit merkwürdigem Geschick sauber zu halten; — in vortheilhaftem Gegensatz zu den Braun, Treitschke, Siegel, Agidi und sonstigen Waschlappen-Collegen, die bis über die Kniee von Straßentoth starren. Zu verschiedentlichen Malen schon dachten wir, unsere Anstandsdame würde sich in irgend einer besonders breiten und tiefen Pflüge die Stiefelchen hoffnungslos beschmutzen, oder gar sammt den Stiefelchen stecken bleiben, allein es gelang ihr immer, entweder mit seitlicherischer Gewandtheit darüber hinwegzuhüpfen, oder, falls dies unmöglich, die unangenehmen Spuren der Passage mit affenartiger Geschwindigkeit von den Stiefelchen und Untertröcken abzubürsten und abzuwaschen. Ertrappte man sie in flagranti, die häßlichsten Todsünden begehend, in unabweisbarster Attitüde das gemeinste Götzenbild der Gesinnungslosigkeit und Corruption anbetend, — stuz sprang sie auf, unbeschauer Diene als ob nichts geschehen sei, warf sich in die Brust und den Tugendmantel um die Schulter und spielte, als Mann verkleidet, den Cato Censorius oder Brutus in Westen taschenanhang. Ganz à la Paster, wie denn Viedermann überhaupt ein aus dem Parlamentarismus in die Journalistik übergesetzter Paster ist, — ein schreibender Paster, wie Paster ein redender Viedermann. Jetzt befindet sich die Anstandsdame wieder in einer solch heikelen Position. Bekanntlich schwärmt sie für Pressefreiheit, und brachte im letzten Reichstag auch einen ziemlich freisinnigen Pressegesetzentwurf ein, der die Majorität des Reichstags erhielt, von dem "Genialen" aber natürlich in den Papierkorb spedit und durch den famosen "§ 20" ersetzt wurde. Die Anstandsdame fühlte sich gekränkt und schleuderte gegen § 20 und was drum und dran hängt etliche fulminante Artikel, durch welche die Schreiberin ihre Ehre verpfändete, "niemals, niemals, niemals" einem nicht freisinnigen Pressegesetz ihre Zustimmung zu geben. Der Moment, die verpfändete Ehre einzulösen, ist nun gekommen. "§ 20" hat zwar gehn müssen, nachdem er seine Schuldigkeit gethan; ein paar weitere häßliche Bestimmungen sind aus dem Pressegesetzentwurf durch die Commission beseitigt worden, aber er ist in seiner Gesamtheit so reaktionär, daß die ihm gewordene Bezeichnung: "reaktionärstes aller vorhandenen Pressegesetz" als eine Schmeichelei gelten muß, da das Pressegesetz, welches nach ihm die reaktionärsten Bestimmungen enthält, neben dieser Bismarck'schen Culturblüthe liberal, ja demokratisch erscheint. Das Dilemma ist für die Anstandsdame fürwahr ein peinliches, wohl geeignet, ihr den Angstschweiß aus allen Poren zu treiben. Die Bismarck und Kulturkampf — dort die dreißig Jahre lang verteidigte Pressefreiheit, die Bismarck mit seinem Kulturkampf zu Grunde richten will. Entweder oder. Wer für Pressefreiheit ist, kann nicht für Bismarck sein; wer für Bismarck ist, kann nicht für Pressefreiheit sein. Daß der Geniale seinem getreuesten Diener aber auch solch Hergeleid anhang konnte. Es war zu grausam! Seit voriger Woche windet sich nun der Aermste, oder die Aermste — wir reden ja von der Anstandsdame — in den furchtbaren Gewissensqualen, denen er in doppelpaltigen, das Publikum in Mitleidenschaft ziehenden Leitartikeln Luft macht. Wir werden gelegentlich mittheilen, welches Ende und Resultat die Seelenkämpfe genommen. Einstweilen ist's noch nicht abzusehen — nämlich das Ende; das Resultat wollen wir nicht in Zweifel ziehen. Interessantes ist auf alle Fälle zu erwarten, nachdem der 30-jährige Vertheidiger der Pressefreiheit, "dieses Bollwerk aller Freiheit und jedes gesunden staatlichen Lebens" im ersten der doppelpaltigen Artikel zu folgendem Anspruch gelangt ist: "Wir wollen darüber (über das dem Reichskanzler vorbehaltene Recht, auswärtige Zeitungen zu verbieten) weiter nichts sagen, da wir überzeugt sind, daß von dieser Bestimmung regierungsseitlich schwerlich abgegangen werden möchte."

Wir sehen: der erste Streich der Anstandsdame in ihrem Kampf für die bedrohte Pressefreiheit besteht darin, daß sie freiwillig den von der Feinden der Pressefreiheit fallengelassenen "§ 20" aufhebt und sich ihn frisch fromm fröhlich frei vor den Mund bindet. Was wird der zweite Streich sein? Wir sind einigermassen begierig.

Eine vernünftige Wahlart. Vor ungefähr drei Jahren (nach der vorletzten Reichstagswahl) brachte der "Volksstaat" einen Artikel, in welchem das Widersinnige der heute fast allgemein gültigen Wahl- und Abstimmungsmethode nach abgegrenzten, je nur zur Wahl eines Vertreters berechtigten Wahlkreisen gezeigt war. Es wurde darauf hingewiesen, wie durch diese Zersplitterung der Gesamtwahlerschaft in keine selbständige, auf eigene Faust wählende Abtheilungen eine der Zahlstärke der verschiedenen Parteien entsprechende Vertretung einfach unmöglich mache, und sehr leicht dazu führen könne, daß die Majorität von einer Minorität majorisirt wird, mit andern Worten, daß die Majorität der Wähler in der sogenannten Volksvertretung nur die Minorität hat. Ein kleines Exempel wird dies veranschaulichen.

Nehmen wir drei Wahlbezirke von je 20,000 Wählern, und eine Wahlbetheiligung von 50 Prozent. Im 1. und 2. Wahlbezirk stimmen in gleichen Theilen zusammen 9,000 für sozialistische, und 11,000 für reaktionäre Candidaten; im dritten Bezirk 7000 für den sozialistischen, 3000 für den reaktionären Candidaten. Die Folge wäre: 16,000 sozialistische Wähler hätten 1 und 13,100 reaktionäre Wähler 2 Vertreter! Die Minorität hätte demnach doppelt so viel Vertreter als die Majorität. Das Exempel hätte sich leicht noch extremer machen lassen, würde dann aber sich mehr von der Praxis entfernt haben. Wie im Kleinen so im Großen. Was in 3 Wahlbezirken möglich, ist auch in 30, in 300 Wahlbezirken möglich. Man sieht auf den ersten Blick, daß das Mißverhältniß zwischen Wählern und Vertretern aufhören muß, sobald die Zerschneidung der Gesamtwahlerschaft in einzelne Theile (Wahlbezirke) aufhört. Werden die beispielsweise angeführten drei Wahlbezirke in einen einzigen vereinigt, so kann die Majorität unmöglich von der Minorität majorisirt werden; und nehmen wir weiter an, daß die 30 oder 300 Abgeordneten, welche irgend einen Volksvertretungskörper bilden, nicht je in einem besonderen Wahlbezirk, sondern aus der ungetheilten Gesamtwahlerschaft herausgewählt würden, und zwar dergestalt, daß auf jeden der 30 oder 300 nur ein Dreißigstel oder Dreihundertstel der Gesamtwahlerschaft fallen kann, so haben wir mit möglichster Genauigkeit die Zahl der Wähler nach ihren Parteizugehörigkeiten mit der Zahl der Vertreter in die richtige Proportion gebracht. Diese Abstimmungsweise erfordert bloß, daß die Stimmzettel auch mehr als einen Namen enthalten dürfen, von denen aber für jeden Stimmzettel immer bloß Einer Gültigkeit hat. Zum Exempel: die sächsische Sozialdemokratie gibt Stimmzettel ab mit 23 Namen, die nach Vereinbarung in gleicher Reihenfolge hintereinander ge-

braucht werden. 10,000 Stimmen bewirken die Wahl eines Delegirten — es werden 140,000 sozialistische Stimmzettel abgegeben; Resultat: die Sozialdemokratie Sachsens hat 14 Candidaten durchgesetzt — die 14 auf der Liste zu oberst Stehenden sind gewählt, und keine Stimmen sind verloren gegangen. Dasselbe gilt natürlich von allen anderen Parteien. Und wer keiner Partei angehört und dennoch stimmen will, nun gut, der kann nach dieser Wahlart so gut wie jetzt einen Stimmzettel mit dem Namen des Manns seiner Wahl in die Urne werfen, und er hat obenbrein viel mehr Aussicht seinen Willen zur Geltung zu bringen, da die gleichlautenden Stimmzettel im ganzen Lande zusammengerechnet werden. Die Vortheile dieser Wahlart sind so in die Augen springend, daß die Beibehaltung des jetzigen widersinnigen Wahlmodus nur theils aus gedankenlosem Schlandrian, theils aus der Furcht vor den Wirkungen eines gerechteren Volksvertretungssystems zu erklären ist. In England hat Hare eine größere Schrift über den Gegenstand geschrieben, und wird die Frage jetzt mit ziemlichem Eifer diskutiert, ohne daß jedoch etwas Nennenswerthes zur Bewirkung der Reform geschehen wäre. In der Schweiz hat, soviel wir wissen, der Canton Neuchâtel vor 4 oder 5 Jahren ein Vertretungssystem nach diesem Prinzip eingeführt — doch fehlt es uns an näheren Nachrichten. Jetzt ist die Sache von unserem Parteigenossen Karl Bürkli im Züricher Cantonsrath auf die Tagesordnung gebracht worden und zwar durch Stellung des folgenden Antrags:

"Der Cantonsrath wird nach dem Grundsatz der Proportionalvertretung gewählt, wobei der ganze Canton einen Wahlkreis bildet. Das Gesetz bestimmt die Anzahl der Stimmen, welche zur Wahl eines Mitgliedes erforderlich ist. Jeder Wähler kann nur für eine Person gültig stimmen und es findet nur ein Wahlgang statt. Das Gesetz bestimmt die weitere Organisation dieser Wähler."

Wir werden über das Schicksal des Antrags berichten und der Angelegenheit weitere Aufmerksamkeit schenken.

Unsere Bourgeois-Schriftsteller pflegen öfters das Land zu bereisen, "wo die Citronen blüh'n", sich an seinen antiken Ruinschägen zu weiden, dann aus dem "klassischen Lande" heimzukehren und vom "schönen Süden" zu schreiben, wo der "Lazarone" zu Neapel klassisch faulenz im Sonnenstrahl liegt und die klassischen Proletarier eigentlich gar nicht zu arbeiten, sondern sich nur in das nächste klassische Orangenwäldchen zu bemühen und sich dort klassische Früchte heranzulangen braucht. Von einer italienischen Arbeiterbewegung wissen diese Gefellen Nichts und selbst Garibaldi's Freischäarenzüge haben sie nicht belehren können, daß auch in Italien ein brod- und freiheitsbedürftiges Volk nach Besserung ringt. Wenn wir die Follanten jener Reiseschriftsteller zu Gesicht bekommen, fällt uns stets der schöne Vers aus den "Kriegenden Blättern" ein, der für deutsche Reiseschriftsteller ausdrücklich gedichtet zu sein scheint:

In dem schönen Mythenlande  
Schleicht traarig Hans herum,  
Denn das Land ist gar so klassisch  
Und der Hans ist gar so dumm!

Gar nicht klassisch lautet ein Bericht der "Frankfurter Zeitung" aus Rom, wofolbst wir lesen:

Uebereil werden Arbeit und Brod gefordert und die Reife wird immer bedenklicher. In verschiedenen Orten hat man auf den Straßen Personen vor Hunger umstinken und sterben gesehen. In Rom selbst haben Gruppen von Arbeitern, von der Verzweiflung getrieben, den Bäckerburschen, welche bei Tagesanbruch das Brod austragen, dasselbe mit Gewalt abgenommen. In Lodi hat das Volk an mehreren Orten nicht leiden wollen, daß das Korn angeführt werde, und hat förmlich verlangt, es solle der Preis der nothwendigsten Lebensmittel herabgesetzt werden. In Chiaravalle und Djimo gab es ähnliche Ausbrüche. In Fossano zogen zwei Abende hintereinander Massen von Arbeitern mit dem lauten Rufe umher: Gerechtigkeit und Brod! Die Regierung sieht dem mit Kälte zu, auch die Municipien erweisen sich nicht so hülfreich, wie sie sollten und die Aristokratie lebt weiter in Luxus und Verschwendung."

Und doch ist der jetzige italienische "Einheitsstaat" in seinen Grundzügen das diplomatische Werk eines "genialen Staatsmanns", des "großen Grafen" Cavour, der nur nicht lange genug lebte, um es auch zum "Fürsten" zu bringen, wie sein Schüler und Copist Bismarck. Während in Rom die brodlosen Arbeiter Hungers sterben, wüthet in Berlin der Hungertyphus. Die italienische Aristokratie lebt in Luxus und Verschwendung; in Preußen ruht Dr. Straußberg nicht eher, bis er jedem seiner zehn Kinder eine Million gesichert hat. In Rom sieht die Regierung mit Kälte zu, in Berlin fabrikt sie Gesetzeswürfe zur kriminellen Bestrafung des Contrabandiers.

Und die beiden Staaten haben ihre "genialen Staatsmänner". Es ist doch eine eigene Sache um jene "göttliche Weltordnung", welche zuweilen große Gesellschaftsretter an das Triebrad der staatlichen Entwicklung stellt. Diese "göttliche Weltordnung" scheint ihren großen Schützlingen zu verheimlichen, was vorwärts und was rückwärts ist, und die Braven drehen auf's Gerathewohl nach hinten!

Die Abgeordneten Liebknecht und Bebel werden jetzt nachdem Bahlreich dem Schriftführeramt die wohlverdiente Ruhe hat zu Theil werden lassen, als "entschuldig" ausgesetzt. Es wäre interessant zu erfahren, ob auch, falls ein Abgeordneter während der Session verstorbt, sein Name bis zur Neuwahl mit dem Zusatz: "ohne Entschuldigung fehlend" durch die Listen geschleppt wird. Unmöglich wäre es nicht.

## An meine Wähler im 13. sächs. Wahlkreis.

Wir sind unterlegen. Eine lebensfrische Partei aber, wie die unsre, zieht gerade aus ihren Niederlagen die besten Lehren; dankt wird die Niederlage selbst zu einer Brücke für künftige Siege.

Unter 28,000 Wählern haben die vereinigten Gegner, denen die mächtigsten Einflüsse zu Gebote stehen, trotz aller Anstrengungen nicht einmal 8000 für sich zu gewinnen vermocht! Die übrigen bleibenden 20,000 gehören ihrer überwiegenden Mehrzahl nach zu uns! Freilich haben davon nur 5676 für uns gestimmt, aber dies sind die festesten und energischsten unserer Genossen, denen keine Anstrengung und kein Opfer zu groß, denen gegenüber jede Einschüchterung und Beeinflussung ohnmächtig war. Es gilt, auf diese festen Mittelpunkte gestützt, im ganzen Wahlkreise unsere Genossen, das arbeitende Volk, zu organisiren! Vereinte Kraft macht stark; eine feste Organisation gewährt für Alle einen Halt, die Schwachen richten sich an denselben auf, die Muthlosen gewinnen Muth und Zuversicht zurück und die Trägen werden von der allgemeinen Bewegung hingerissen. Deshalb, Genossen, organisirt Euch! Wenn Ihr dies thut allenthalben und mit Aus-

\*) Langweiligkeit, Mangel an Schärfe.

bauer, dann wird im 13. Wahlkreise bei künftigen Wahlen das arbeitende Volk spielend über seine Gegner triumphieren! Und wenn meine Anwesenheit unter Euch dazu beigetragen hat, in Euch den Willen zu fählen, die Fahne der Arbeitersache hoch zu halten und Euch in geschlossenen Colonnen um dieselbe zu scharen, so bin ich reich belohnt für das Wenige, das mir im Dienste unsrer Sache bei Euch zu thun vergönnt war.  
Braunschweig, 8. März 1874. W. Brade jr.

### Innere Partei-, Verwaltungs- und Organisations-Angelegenheiten.

**Parteigenossen!**  
Auf Antrag der Redaction und Expedition des „Sozialdemokratischen Wochenblatts“ zu Nürnberg und in Uebereinstimmung mit den Parteigenossen in letzterer Stadt hat der unterzeichnete Ausschuss beschlossen, vom 1. April d. J. an das „Sozialdemokr. Wochenblatt“, unter Beibehaltung des bisherigen Formats, wöchentlich zweimal, und zwar des Mittwochs und Samstags erscheinen zu lassen. Daß wegen dieser Aenderung der Abonnementspreis des Wochenblatts erhöht werden muß, bedarf keiner Auseinandersetzung. Jedoch die Preisermäßigung ist eine mögliche, und kostet das Abonnement, trotzdem in Zukunft das Doppelte an Material und Inhalt geliefert werden wird, nur wie folgt:  
In Nürnberg und Fürth, frei ins Haus, vierteljährl. 35 kr.,  
„durch die Post bezogen, vierteljährlich“ 40 kr.,  
monatlich 12 kr.,  
40 kr.

Das „Sozialdemokratische Wochenblatt“, Organ und Eigentum der Partei, hat die Aufgabe, vorzugsweise den bayerischen Arbeiterinteressen Beachtung zu widmen, bisher in bester Weise erfüllt und wird hoffentlich, bei zweimaligem wöchentlichen Erscheinen, dieser Aufgabe leichter noch als bisher zu entsprechen vermögen.  
Der Ausschuss hegt die Ueberzeugung, daß nicht nur alle jetzigen Abonnenten des genannten Blattes trotz oder gerade wegen der eintretenden Aenderung dem Blatte treu bleiben, sondern sich auch auf das Lebhafteste bemühen werden, ihm neue Freunde und Leser zu gewinnen.

Besonders Ihr, Parteigenossen zu Nürnberg, Fürth, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Augsburg etc., wolle bestrebt sein, das Nürnberger Parteiorgan in immer weiteren Kreisen einzuführen und so die Macht und Stärke der Partei speziell in Euren Wohnorten zu heben. Wir erwarten von Euch, daß diese Aufforderung genügen wird, um Euch zu lebhafter Agitation für die Parteipresse, dieser mächtigen Beförderin der Arbeiterbewegung, schreiten zu lassen.

Hamburg, 10. März 1874.  
Mit sozialdemokratischem Gruß!  
Der Ausschuss.  
J. A.  
A. Geib. S. Benneke.

### Gewerksgenossenschaftliches.

**Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.**  
**Ermitzshaus.** (Krankenkasse betreffend.) Meine Adresse ist von jetzt ab nicht mehr Turnhallenstraße, sondern Kuenstraße 719.  
Carl Pampel,  
2. Vorsitzender der Vorortverwaltung.

**Allgemeiner deutscher Schneiderverein.**  
Bayreuth, 10. März. An die Kollegen allerorts ergeht hiermit die Aufforderung, nicht nach Bayreuth zu gehen, da wir in nächster Zeit eine Lohnerhöhung beanspruchen werden, was leicht eine Arbeitseinstellung zur Folge haben kann. Kollegen, wir hoffen zwar auf Erfolg, aber das Capital ist hartnäckig, und wir rechnen im Falle der Noth auf kräftige Unterstützung, denn wir haben auch immer unsere Schuldigkeit gethan, und wir wollen zeigen, was durch eine gute Organisation zu erzielen ist.  
Mit collegialischem Gruß  
H. Hagen, Bevollmächtigter.  
A. Schweizer, Schriftführer.

**Gewerkschaft der Schuhmacher.**  
Gotha. Die Bevollmächtigten der Gewerkschaft werden hierdurch aufgefordert, jedem abreisenden Kollegen vor der Abreise im Gewerkschafts-Statut eine Unterstützungslegitimation anzufertigen, daß das betreffende Mitglied seinen statutarischen Verpflichtungen pünktlich nachgekommen u. s. w. Kollegen, die auf Reisen gehen und eine solche Unterstützungslegitimation nicht im Statut haben, ist das Reisegeld zu verweigern. Ferner machen wir bekannt, daß die Coupons in den nächsten Tagen verhandelt werden. Jedem Reisenden, auch von den unierten Gewerkschaften, sind so viel Coupons abzutrennen (d. h. in demselben Betrag) als der Reisende Unterstützung empfangt. Sobald die Coupons verhandelt sind, darf neben der Unterstützungslegitimation nur gegen Coupons Reisegeld verabschiedet werden. Die abgetrennten Coupons haben die Bevollmächtigten sorgfältig aufzubewahren und bei Einschickung der Abrechnung als Beleg an Unterzeichneten mit einzusenden. — Für die strenge Handhabung des Borgeführten sind die Bevollmächtigten wie Mitglieder verantwortlich. Die Redaction der „Union“ ersucht ich, vorstehende Zeilen in dieselbe aufzunehmen. Neue Mitgliedschaft Meinungen. Dev. J. Georg, Gith. Bezirk I. Nr. 6; Kassirer J. v. Hof; Controller E. Rommel.  
Mit Gruß  
Für die Verwaltung: W. Bod.

### Correspondenzen.

**Gohlis b. Leipzig.** Unser Ort, bisher eines der Hauptlager der Birnbaum'schen Clique, ist bei den diesjährigen Reichstagswahlen zu regerem politischen Leben erwacht, hervorgerufen hauptsächlich wohl durch die von der sozialdemokratischen Partei abgehaltenen Wählerversammlungen, in denen Ramm, Brade und Bahleisch mit Erfolg sprachen. Dies beweist am besten ein Vergleich mit den Wahlen von 71. Birnbaum erhielt damals 153, Jacoby 25 Stimmen; es hatten sich also nur ca. 200 Wähler beteiligt, während bei den diesjährigen Wahlkämpfen die Zahl der Betheiligten bei jedem Wahlgange sich erhöhte. (Am 10. Januar 439, bei der Stichwahl 447, bei der Neuwahl 562.) Bei der ersten Wahl erhielt Jacoby 153, bei der zweiten 244 Stimmen, Brade der dritten Wahl 264. Dieses „bedauerliche“ stete Anwachsen der Socialdemokratie“ giebt nun irrend einem nationalliberalen „Bundesbruder“ (vielleicht Barjow?) im „sinnungstüchtigen“ Leipz. Tagebl. Gelegenheit, den Gohliser „Reichstreuen“ einen gehörigen Ruffel zu erteilen ob ihrer „Lehrgänge“. Du lieber

Simmel! Als hätten diese sog. Reichstreuen hier überhaupt noch mehr leisten können. Schöner Dank das! Da Niemand den Kerneisen beigeprungen ist, wollen wir es thun, wir sind in der Lage, dieselben ihrem räselnden „Gesinnungsgenossen“ gegenüber „herauszureißen“, so daß sie wohl Gnade finden werden. Also aufgepaßt, Barjow: Birnbaum hatte bei der ersten Wahl ungefähr 225 Stimmen, Heine nur lumpige 50; bei der Stichwahl Heine 203 und bei der Neuwahl gar 298. Haben die früheren Birnbaum'schen Wähler sich nicht „gesinnungstüchtig“ genug erwiesen und dem erst wacker beschimpften Heine alle ihre Stimmen zu Füßen gelegt? ja im Eifer sogar doppelte Stimmzettel für denselben abgegeben? Mehr Stimmen waren aber für Heine beim besten Willen nicht „aufzutreiben“; oder meinst du, der „Dosenkardergabe“ es Legion in Gohlis, die anstatt die Dohsen zu „treiben“, sich einmal zur Abwechslung von ihren prasseligen „Herren“ für Heine zur Wahlurne „treiben“ lassen? Und was haben nicht Einzelne Alles geleistet, wofür dieselben, als deine „hervorragenden Gesinnungsgenossen“ besondere Anerkennung verdient hätten! Oder ist das nichts, wenn ein birnbäumlicher Schloffermeister, der sich sträubt, die ihm von seinen „Freunden“ aufgebrannten Steuern zu berappen, am Viertische Stod und Bein schwört: und wenn's ihm 20 Thaler koste, Heine müsse durchkommen! Und ferner ein anderer Held seinen Muth dadurch offenbart, daß er seinen Zettel offen abgiebt mit dem heroischen Ausrufe: „Ich will sehen lassen, daß ich den Lump Brade nicht wähle!“ Und dann, wie „räde“ haben sich einzelne „Gesinnungsgenossen“ in den Wählerversammlungen benommen! Wenn gewisse „gebildete“ Pümmel bei den „ungebildeten“ Arbeitern keine Anerkennung fanden, so trugen die Schuld doch nicht die Gesinnungslämmel, sondern das „stete Zunehmen des socialistischen Giftes“, das nun einmal an den Hegeleuten sog. „Gebildeten“ keinen Geschmack findet. Weiter wäre noch zu erwähnen die „stille Wirksamkeit“ eines gewissen Vereins, namentlich aber seines „großen“ Vorsitzenden: das „kleine Laetzerchen“ bringt's vielleicht noch zu etwas. Diese Wink mögen vorläufig genügen, um der Gohliser „Reichstreuen“ Cliqua zu ihrem „Recht“ zu verhelfen, sonst könnten wir noch mit mehr aufwarten. Wenn aber das „Tageblatt“ von „bedauerlicher“ Enthaltensamkeit bei den Wahlen faselt, die doch nur seinen Anhängern zu Gute kam, so ist das einfach albern. Die 500, welche sich in Gohlis der Abstimmung enthielten, müssen ihrer naturgemäßen Parteilichkeit nach, mit sehr wenig Ausnahmen, der Arbeiterpartei angehören und werden sich schwerlich von ihren natürlichen Gegnern verführen lassen; aber mancher Verführte, der bei der Neuwahl für Heine stimmte, wird während der nächsten Jahre zum Bewußtsein kommen und dann lieber einen sogenannten „Reichsfeind“, als einen Volksfeind wählen. Die sozialdemokratische Partei wird bei neuen Wahlen immer mehr erstarren, der Indifferentismus immer mehr verschwinden. Einzelne radikalgesinnte Wähler motivirten ihr Enthalten von der Abstimmung damit, daß sie meinten: das Wählen nütze doch nichts, „die oben machten doch was sie wollten“. Das mag in gewissem Sinne wahr sein, aber richtig ist doch, daß die heutigen Zustände auf die Dauer nicht haltbar sind, und daß auch die „oben“ dem ausgesprochenen Willen der großen Masse des Volks gegenüber weichen müssen; nur nicht den Muth verloren — das Recht muß doch endlich siegen! — Dem während der Wahlagitacion gegründeten „Arbeitervereine“ rufen wir ein „Glückauf!“ zu; möge derselbe seine Arbeit belohnt sehen durch massenhaften Beitritt der Bewohner von Gohlis. Unaufhaltsam vorwärts! das sei seine Devise.

**Berlin, 12. März.** Auf der Tagesordnung des Reichstags stand in erster Linie der Antrag der Sozialisten auf Freilassung der Abg. Debel und Liebkecht. Bahleisch legte in längerer Rede auseinander, wie kein rechtlicher Grund vorliege, den Antrag zurückzuweisen. Die Auslegung, welche die Juristen dem Worte „Strafverfahren“ geben, indem sie darunter lediglich Untersuchungsverfahren verstehen, sei für das Volk nicht maßgebend, da die Verfassung nicht lediglich von und für Juristen gemacht sei. Als politische Frage habe die Angelegenheit noch größere Bedeutung denn als bloße Rechtsfrage. Es handle sich um Wahrung, bez. Erweiterung der Rechte des Parlaments, gegenüber den nach immer größerer Machterweiterung strebenden Regierungen, und das Mindeste, was in dieser Beziehung geschehen könne, sei, daß gefangene Abgeordnete von Seiten des Parlaments reklamirt werden, umso mehr in diesem Falle, wo es sich um eine Verurtheilung handle, die zweifelsohne die Folge eines Tendenzprozesses sei. Dabei gedachte Redner in wenig schmeichelhafter Weise der „unabhängigen“ sächsischen Richter und der aus Klassenwahlen hervorgegangenen Geschworenen. Auch an Ausfällen gegen die Liberalen fehlte es nicht, von denen einer (Bamberger) in einer früheren Sitzung die Sozialisten als Gäste, die Angehörigen der alten Parteien aber als die Hausherren im Reichstage bezeichnet hatte, ebenso fiel ein Hieb auf Laetzer wegen der schulmeisterlichen Art und Weise, in welcher er nicht bloß gegen die Sozialisten, sondern überhaupt gegen Jedermann vorzugehen liebt. Der liberale Abgeordnete Meyer (Thorn) sprach gegen den Antrag der Sozialisten, ohne etwas Bemerkenswerthes vorzubringen, es sei denn, daß wir der mancherlei Verdrehungen gedenken wollten, die er gegenüber der Rede Bahleisch's sich zu Schulden kommen ließ. Malinckrodt blieb auf dem Standpunkte, welchen er vor einem Jahre eingenommen hat, stehen, er ist also gegen den Antrag. Im Ubrigen nahm er einen höchst reactionären Standpunkt ein, nicht ohne sich recht unschuldig zu stellen. Ein Pole und der Däne Kryger, welche den Antrag Bahleisch'sjenencler unterstützten, erklärten nicht für denselben stimmen zu wollen, sie haben bloß der Minorität der Sozialisten zu Hilfe kommen wollen, sind aber im Uebrigen nur geneigt, eine protestirende Stellung einzunehmen. Nach ihnen erhob sich, da doch nun einmal alle Reichsfeinde losgelassen waren, der Abg. Ewald, um seinem Welsensinne und Preußenhaffe Ausdruck zu geben. Sodann wurde die Debatte geschlossen und der Antrag gegen die Stimmen der Sozialisten, der Fortschrittler Danks, Dr. Heine, Wiggers und Träger und der Abgeordneten Sonnemann und Ewald abgelehnt.

**Nürnberg, 10. März.** Die unheilswangere Krisis naht heran und auch in Nürnberg sind ihr Thür und Thor geöffnet. Kalt und herzlos nimmt jetzt der Kapitalist die Zwischlere zur Hand, um dem Arbeiter den schon so kärglichen Lohn zu beschneiden. Zu den allgemein schlechten Arbeitsverhältnissen in Nürnberg übergehend, werfen wir zunächst einen Blick in die v. Cramer-Klett'sche Aktien-Maschinen- und Wagenfabrik. Wie sieht es in genannter Fabrik aus? Ein Heer von Aktionären durchstöbert alle Winkel und Ecken der Fabrik, um die nach Petroleum riechenden Persönlichkeiten ausfindig zu machen. Daß ein kolossaler Reingewinn in die großen weiten Taschen jener Herren fällt, ist aus dem Verschwenken von Aktien festzustellen. Nach Petroleum riecht es aber in jener Fabrik sehr stark. Die Aktionäre, dieses wohl wissend, benutzen nun die Krisis, um die „lebenden Petroleumfässer“ gehörig abzapfen. „Lohnabzug“ ist die Parole, die aus-

gegeben ist, und man sieht die geküßelten Arbeiter, um sich keines schärferen Ausdrucks zu bedienen, an den Lohntagen klachend nach Hause schreiten. Blüh, diese leere Form des Unwillens, ist es, die der Arbeiter solcher Behandlung gegenüber hat. Es kann ja fast nicht anders sein. Denn beklagt sich der geküßelte Arbeiter bei den betreffenden Aktionären, wird ihm die Antwort zu theil: Wenn Sie um diesen Lohn nicht arbeiten wollen, so stehen draußen Hunderte bereit, um Ihre Arbeit zu verrichten. Ja, Ihr Herren Aktionäre wißt es trefflich, den nicht organisirten Arbeiter auszubehuten. Namentlich sind die Schönredner und Phrasenmacher diejenigen, die die größte Brutalität ausüben. Daß die Krisis keinen starken Einfluß auf die genannte Fabrik bis jetzt ausüben konnte, wissen wir genau, und halten darum ein Vorgehen, wie erwähntes, für systematische Ausbeutung. Ihr habt das Recht, die Arbeiter zu entlassen, aber das Recht habt Ihr nicht, sie vorher auf jede mögliche Art auszunützen. (Die Kapitalisten üben das „Recht“ der Ausbeutung kraft der Gewalt, die sie besitzen, und da bekanntlich kein Recht wegdiskutirt wird, das auf Gewalt basiert ist, so bleibt den Ausgebeuteten nichts übrig, als sich gewaltig zu machen, um zu ihrem Rechte zu gelangen; und diese Gewalt liegt in der Vereinigung, wie der Einsender richtig bemerkt. Anmerk. d. R.) Euch aber, Arbeiterbrüder, rufe ich zu: vereinigt und organisiert Euch, dann wird es anders werden.

**Ayolde, 10. März.** Sonntag, den 1. März, fand in Blaue bei Arnstadt eine Arbeiterversammlung statt, in welcher der Unterzeichnete referirte. Da es hauptsächlich galt, eine Gewerkschaft ins Leben zu rufen, so war als Tagesordnung, „Der Zweck und Nutzen der Gewerkschaften“ aufgestellt. Nachdem ich die heutigen Zustände einer scharfen Kritik unterzogen, und das heutige Ausbeutewesen des Großkapitals gehörig beleuchtet hatte, meldete sich der Fabrikant Schürholz, ehemaliger Säbeldirektor im heil. Kriege, zum Wort, um meine Ausführungen zu widerlegen, welches ihm jedoch unter dem Gelächter der Anwesenden — er sprach nämlich viel vom Theilen und verrieth bei jedem Worte seine ihm eingeäschelten Theilungsgelüste — völlig mißlang, und er, der mächtige Schürholz, Re. Haus nahm. Die Gewerkschaft wurde gegründet, und mit dem Versprechen, bald wieder zu kommen, trennten wir uns.

Donnerstag, den 5. März, erschien im „Arnstädter Nachrichten- und Intelligenzblatt“ ein Artikel unter „Eingekauft“ ohne Namensunterschrift, welches so von Verleumdungen und Verdrehungen strotzte, daß dieses Gebahren als Zeichen des Irthums betrachtet werden muß, und ich bedaure, daß der Verfasser jenes Schandartikels nicht in der Nähe Jena's wohnt, da seine Aufnahme in das dortige Heiligtum über lang oder kurz erfolgen muß. Der Einsender stellte die Agitatoren als Bummler hin, welche auf Kosten der Arbeiter sich vergnügten Tage machten, und es ist immer eine Wahrheit, daß Derjenige, welcher die Eigenschaften des Diebes, des Betrügers oder Bummlers genau beschreibt, gewöhnlich auf solchem Gebiete Meister ist, denn man sucht nicht eher Jemand hinter der Thür, als bis man selbst dahinter gesteckt hat. Wie immer, so auch diesmal, zieht der Einsender den Bildungsgrad und die Stellung in der Gesellschaft an, und er hätte uns zu großem Danke verpflichtet, wenn er uns gezeigt, wo er sich gebildet hat! Biell ich bei nächsten Saufgelagen? oder beim Börsenspiel? Ja, das ist die Stätte der Bildung für gewisse Leute, und da will der Einsender den Bildungsgrad der Arbeiter-agitatoren und der Arbeiter selbst in den Roth treten? Nan: Es giebt ja der Lumpen so viele!

Im lächelnden großen Reich,  
Drum sollen auch Sie aufgenommen sein in den Band Ihrer Kampfans, Sie kleiner Schärer. Noch einige Fortschritte auf diesem Gebiete und aus Jhaen wird noch etwas, wenn auch nicht viel. Hoffentlich sehen wir uns bald wieder.

Mit soj.-dem. Gruß und Handschlag C. A. Reichelt.  
**Quedlinburg.** Im März verfloffenen Jahres wurde Parteigenosse Philipp denunziert, in einer von dem überwachenden Polizeibeamten aufgelösten Versammlung den deutschen Kaiser beleidigt zu haben. Er sollte gesagt haben, Se. Majestät verachtete jährlich 4 Mill. Thaler. Fünf Ruzen sagten aus und beschworen, diese Worte nicht gehört zu haben. Drei Zeugen sagten in beständigem Sinne aus, und Einer von diesen Dreien wollte noch viel mehr gehört zu haben. Philipp heimste drei Monate ein. Das ist noch nicht Alles. Tessenhoff hat Nachahmer gefunden. Am 3. August v. J. hielt Philipp eine öffentliche Volksversammlung; während des ersten und zweiten Referats schenkte Philipp drei guten Freunden Most'sche Lieberbücher. Kaum bemerkte das der anwesende Polizeibeamte — derselbe, der Ph. auf Majestätsbeleidigung denunzirte und der für dieses Verabovurkund von Polizeisekretär zum Polizeikommissar befördert ist — als er auf Ph. zustürzte und diesen frag, ob er einen Gewerkschein hätte. Ph. entgegnete, daß er keinen solchen Schein hätte und daß er die Lieberbücher verschenkt habe. Daraufhin nahm ein Unbekannter zwei Lieberbücher an sich mit dem Bedenken, daß der Polizeikommissar und sein Freund sich das Lieberbuch auch einmal ansehen wollten. Zwei Monate später bekam Philipp ein Strafmandat zugeschickt über 10 Thlr. Geldstrafe, resp. 7 Tage Haft wegen Vertheilung von Drucksachen in einer öffentlichen Versammlung. Philipp erhob Widerspruch und führte aus, daß er laut Rechnung beweisen könne, daß er 25 Stück von auswärts bekommen hätte und daß er solch theure Sachen wohl nicht öffentlich vertheilen könnte; mit den drei guten Freunden hätte er eine Annahme gemacht. Er verlangt, daß ihm die beiden Lieberbücher wieder zugestellt würden. Der Richter antwortete ihm, die Bücher würden einstweilen bei den Akten verbleiben. Aber wohin spazierten die Akten und das unschuldige Büchlein? in die Hände des Staatsanwalts, welcher die Güte hatte, vier Lieder heraus zu suchen, auf die h a er gegen Philipp wegen Aufreizung verschiedener Volksklassen gegen einander Klage anstregte. Da Philipp augenblicklich in Haft, muß das Weiter abgewartet werden.

**Augsburg, 9. März.** Bekanntlich wurde in puncto „Staatsretterei“ schon ziemlich viel und ziemlich Großartiges geleistet. Der Doser Magistrat, der in diesem Sache bewandert zu sein scheint, die oberfränkischen sowie die Leipziger Geschworenen, welche sich durch die weltbekannten Aburtheilungen eine weite „Verühmtheit“ erworben, selbst der große Sozialistenfresser Tessenhoff müssen beschämt zurücktreten, denn Alle wurden übertroffen vom Stadtmagistrate in Augsburg. Nebenbei sei erwähnt, daß der Bürgermeister der guten Stadt Augsburg, Herr Fischer (Fortschritler), bei den Reichstagswahlen, trotz aller Krastanstrengungen seiner Partei, mit Trommel und Pfeifen durchfiel. Böse Zungen behaupten nun freilich, daß Herr Fischer, welcher seinen „Durchfall“ den bösen Sozialdemokraten auf das Kerbrett geschrieben hat, weil diese „ordnungsmäßigenden Petroleure“ durch ihre verdammten öffentlichen Versammlungen ein Loch in den Vertrauensdudel geschossen haben, nun an den „Führern“ dieser Sozialdemokraten Revanche nehmen, sich für die ersttene Unbill, ganz auf gesetzlichem Wege, entschädigen will, getreu dem Sprüchwort:

Schlagst du meinen Juden, Schlag ich deinen Juden. Ob diese Vermuthung, welche nicht nur in Arbeiterkreisen, sondern auch bei Leuten Platz gegriffen hat, die nichts weniger als Sozialdemokraten sind, richtig ist, ist mir unbekannt. Betrachten wir, auf welche Weise in Augsburg das rothe Gespenst bekämpft, der Staat gerettet wird.

Ich kam nach mancherlei Irrfahrten im „einigen“ deutschen Reich endlich in Augsburg an, um, da ich nicht so glücklich bin, einige Pfund Aktien zu besitzen, Arbeit zu suchen. Da ich, was meine politische Meinung anbelangt, zufällig Sozialdemokrat bin, wurde ich bald mit einigen Gesinnungsgenossen bekannt und besuchte am 28. Februar die Parteiversammlung, in welcher ich die „politische Rundschau“ hielt. Der anwesende „Vertreter der Behörde“, Offiziant Tischer, mußte Petroleu riechen, denn er rückte wie von tausend höllischen Geistern befallen auf seinem Stuhle hin und her und entzog mir schließlich das Wort. An solche Kergelien gewöhnt, grämte ich mich auch darob sehr wenig. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wollte ich sprechen, wurde aber vom Offizianten Tischer daran verhindert. Als ich um die Ursache dieses Vorgehens fragte, wurde mir einfach vom benannten Beamten bedeutet: mir sei das Wort entzogen worden, ich dürfe in der Versammlung nicht mehr sprechen. Als ich dem Offizianten nachweisen wollte, daß er im Irrthum sich befinde, antwortete derselbe kurz: „Jeder Polizeibeamte sagt die Sache anders auf, ich fasse sie so auf.“ Der oft genannte Offiziant Tischer scheint nicht zu wissen, daß auf seine Auffassung es ganz und gar nicht ankommen soll, daß das Gesetz über der Auffassung der Polizeibeamten stehen soll, weil es mit dieser Auffassung, besonders bei manchen Subalternen, sehr miserabel bestellt ist. Wäre statt des Offizianten Tischer ein geschäftstüchtiger Beamter zur „Ueberwachung“ da gewesen, hätte oben erwähnter Fall gar nicht vorkommen können. Aber das sind die Folgen, wenn Unkundige geschickt werden. Doch es kommt noch besser. Donnerstag kam ein Spähmann zu mir und lud mich zum Magistrat und zwar zu osterwähntem Tischer. Die Herren meinten wahrscheinlich, ich habe keine Beschäftigung, und wollten mich daher freundlichst ausweisen, so kalkulte ich. Bei Offiziant Tischer angekommen, wurde ich angeschaut, weshalb ich mich nicht nach Gebrauch und Sitte bei einer löbl. Polizei anmelden lasse. Da dies bereits geschehen war, konnte ich mit gutem Gewissen sagen, ich sei bereits angemeldet. Da aber der betreffs Erkundigung ins Anmeldungs-Bureau entsendete Polizeimann eine verneinende Antwort brachte, wurde ich vom Offizianten Tischer eingeladen, so lange „da zu bleiben“, bis er Erkundigungen eingezogen haben werde. Da ich aber dieses „da bleiben“ aus eigener Erfahrung zu gut kenne und von dieser Art Staatshilfe nichts wissen will, zog ich es vor, nicht „da zu bleiben“. Ich hielt daher meinen Krankenhauseettel, den ich zufällig in der Tasche hatte, dem Beamten unter die Nase und bewies, daß ich angezeigt sein müsse, da ich im Besitze des Krankenezettels sei. Nun wurde der Paß gesucht und glücklich entdeckt, meine „Beschreibung“ wurde fein säuberlich abgeschrieben und mir „eröffnet“, ich dürfe mich an der Arbeiterbewegung weder activ noch passiv betheiligen, weil ich kein Deutscher sei. O heilige Weisheit!!

Mein „Arbeitsgeber“, ein ehemaliger Arbeiter, jetzt Fabrikbesitzer, der es auch versteht, die Leute ordentlich anzunutzen, wurde ebenfalls ordentlich bearbeitet, der Spähmann, welcher mir die Ladung überbrachte, schilderte auch meine Staatsgefährlichkeit zur Genüge und die Folge war, daß ich am Samstag ganz gelinde auf's Pflaster gesetzt wurde. Der „humane“ Fabrikant ließ aber die Gelegenheit nicht vorbegehen, ohne aus derselben Nutzen zu ziehen, indem er mich mit 1 fl. 8 kr. abfertigte, während er doch dem letzten Arbeiter 1 fl. 12 kr. zahlte. Doch einen Sozialdemokraten zu pressen meint Jeder das vollkommenste Recht zu haben. Und dann magt die Bande noch von „Theilern“ zu schwätzen! Samstag Abend ging ich trotz „Eröffnung“ in die Parteiversammlung, ich wollte sehen, ob es der Behörde Ernst mit dieser samofenen Eröffnung sei, oder ob sich Off. Tischer einen gnädigen Scherz mit mir machen wollte. Ich wollte an den Ernst der Sache durchaus nicht glauben, doch ich sollte gründlich geheitl werden. Die Versammlung wurde eröffnet; da o Graus! erhebt sich Off. Tischer und gibt dem Vorsitzenden bekannt, ich dürfe in der Versammlung nicht anwesend sein. Da der Vorsitzende protestirte, drohte der Gesetzeswächter mit Auflösung der Versammlung. Da bekanntlich Gewalt vor Recht geht, gab ich um des lieben Friedens willen nach und erklärte, mich hinter die Demarkationslinie zurückziehen zu wollen. (Das Versammlungslokal ist von der Gaststube durch eine Glaswand getrennt.) Ich ging daher in die Gaststube und blieb neben der offenen Thür stehen. Doch auch dieses schien dem Manne der öffentlichen Sicherheit noch nicht sicher genug zu sein, denn er ließ die Thüre absperrten. Da ich ein großer Liebhaber von Versammlungen bin, mich dieser „große Wurf“ auch bitter schmerzte und bis in die tiefsten Falten meines schwarzen Herzens hinein kränkte, wollte ich wenigstens noch einen schmerzhaften Blick in das mir für ewig verschlossen sein sollende Paradies werfen und mir den modernen „Erzengel Michel“ nochmals ansehen. Ich trat zu diesem Behufe an die verschlossene Glasstube und blickte nassen Auges in das mir unzugängliche Eden. Ich habe aber entschieden Pech. Ich weiß nicht, ob meinem Blide die Kraft zugemüthet wurde, die Petroleum-Bullen, welche die Sozialdemokraten statt der Schnapsflaschen bei sich tragen, um sich mit Petroleum zu besaufen, zu entzünden und unermeßlichen Schaden anzurichten, oder ob ich durch das bloße sehnsüchtige Zusehen etwas „staatsgefährliches“ beging, kurz und gut, um jede Gefahr unmöglich zu machen, wurden mir vor der Nase die Vorhänge vorgezogen und somit jede Gelegenheit zum „Bühnen“ benommen. Die große „staatsverderbliche That“ war vollbracht! Lieb Vaterland lauß ruhig sein!!!

Wenn die Herren glaubten, der Partei zu schaden, sind sie auf dem Holzwege. Diese tragikomische Scene erweckte unter den in der Gaststube anwesenden Arbeitern die größte Entrüstung und Mancher, der der Versammlung nicht beigewohnt hätte, wohnte jetzt derselben bei und das saekt war, daß 18 Mann sich neu einschreiben ließen. Auf diese Weise agitiren die Herren stets für uns und wir können ihnen nur dankbar se n. Herr Tischer motivirte den großen Polizeiwurf dadurch, daß er auf den Protest des Vorsitzenden erklärte, ich sei kein Deutscher! Nun bin ich in der größten Verlegenheit, da ich zufälligerweise keine andere als die deutsche Sprache (nicht einmal die hinesische) verstehe und noch kein Deutscher bin. Das kommt alles von der schönen „deutschen Einheit“! Die Oesterreicher mußten gewaltig mit blutigen Köpfen hinangeworfen werden, damit man sie später anerkennen „müsse“. Die Estländer, Polen, Dänen, welche die „Einheit“ und die Glückseligkeit des deutschen Reiches nichts weniger als lieben, müssen mit Teufelsgewalt Deutsche sein und müssen sich für ihre Undankbarkeit noch ordentlich den Kopf waschen lassen.

An den hohen Magistrat Augsburg, an die hohen Behörden und andere Menschenfreunde stelle ich die höfliche Bitte, mich der

peinigenden Ungewissheit zu entreißen und mir gefälligst bekannt zu geben, welcher „Nation“ ich denn eigentlich angehöre, da ich, der bloß deutschsprechende, nach dem unergründlichen salomonischen Ausspruch des Offizianten, Polizeikommandanten und Marktcommissär Tischer kein Deutscher bin.

Ein frommer Wunsch wäre es auch, wenn zu den Versammlungen, wenn man dieselben schon überwachen zu müssen glaubt, Leute entsendet würden, welche geschäftstüchtig sind. Als Polizeikommandant und Marktcommissär kann Herr Tischer ganz am Plage sein, ob er aber die Befähigung hat, eine politische Versammlung zu überwachen, will ich nicht behaupten. Ob ferner der Polizei das Recht zusteht, die Arbeitgeber zu „bearbeiten“, wenn eine mißliebige Person in Arbeit tritt, weiß ich nicht. „Ein solches Benehmen will ich nicht kennzeichnen, das kennzeichnet sich selbst“, sagte Herr Tischer zu mir, ich gebe jetzt seine eigenen Worte zurück.

Hamburg, 10. März. Auf Requisition der Braunschweiger Staatsanwaltschaft ist nun auch das bei W. Bracke in Braunschweig erschienene samofe Buch: „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ von Gustav Rasch in Hamburg mit Beschlag belegt worden. Es gelang der Hamburger Polizeibehörde nur, sich eines einzigen Exemplars zu bemächtigen, welches bei dem Buchhändler Geib auf dem Ladentische lag. Zugleich wurde dem Buchhändler Geib angezeigt, daß er kein Exemplar des Buchs weder verbreiten noch verkaufen dürfe, widrigenfalls er in die im Braunschweiger Preßgesetz angedrohten Strafen verfallen würde. Das ist denn doch ganz unerhört! Seit wann ist denn das Braunschweiger Preßgesetz für Hamburger Buchhändler maßgebend?

### Zum dritten Wahlseldzuge im Leipziger Landkreis. (Schluß.)

So viel steht fest: die 5600 Stimmen, welche auf Bracke gefallen sind, gehören der Sozialdemokratie für immer. Die Inhaber dieser Stimmen wissen, was sie wollen, und werden sich durch keine Machinationen der Gegner beirren lassen. Sie werden aber auch von Dr. Heine Nichts wissen wollen, ob er nun für Freilassung der Hubertusbürger Gefangenen und gegen das Impfs Gesetz stimmt, oder nicht.

Das „Tageblatt“ zu Leipzig sieht bereits ein, daß Dr. Heine nicht der Mann ist für welchen es ihn gehalten hat. Heine stimmt ihm nicht reactionär, nicht bismärckisch genug. Der Handwurst Braun — das wäre der Mann des „Tageblatts“ — aber Heine hat sogar für seine Rede gegen das Impfs Gesetz „Bravo im Centrum!“ (Huhul) erhalten. Genug, um es mit dem „Tageblatt“ auf ewig zu verderben.

Wir haben alle Ursache, uns hierüber zu freuen. Die ganze Wahlagitation unserer Gegner war eine lange Reihe von Rechnungsträgerci, persönlichen Kleinigkeiten, albernen Phrasen und prinzipienloser Interessenpolitik. Deshalb finden wir es ganz in der Ordnung, wenn die reichswürdigen Leute des „Tageblatts“ zu guterteilt von Heine über den Löffel barbit werden. Was dem Einen recht, ist dem Andern billig.

Die Gegner werden das nächstemal nicht wieder einig sein. Sie werden sich zanken und Herr Heine wird, vom „Tageblatt“ in den Stand der Reichsfeinde erhoben, aus Berlin zurückkehren.

Für uns aber gilt es jetzt, die Elemente, welche ihrer Klassenlage b. wußt geworden, in den Rahmen einer festen Organisation zusammenzufassen. Wir müssen jetzt schon rüsten zum nächsten Kampf. Die angeknüpften Verbindungen gilt es zu unterhalten und zu erweitern, die bestehenden Organisationen zu kräftigen und mit den neugeschaffenen zu vereinigen. Es gilt, den „Volksstaat“ Jedem zugänglich zu machen, der seine Stimme für Bracke abzugeben hat.

Führen wir dies Alles mit Energie und Consequenz durch, so wird das nächste Mal, treten nicht außerordentliche Ereignisse dazwischen, der Sieg mit uns sein.

Wir haben unsere Kräfte mit dem Gegner gemessen und erfahren, daß wir ihm jetzt schon gewachsen sind. Das nächste Mal werden wir ihm weitaus überlegen sein.

Unsere Arbeit war nicht umsonst. Fünftausend sechshundert Männer haben öffentlich dokumentirt, daß sie vom heutigen Staat, von der heutigen Gesellschaft Nichts wissen wollen, fünftausend sechshundert Männer stimmen mit uns ein in den Ruf: „Nieder mit der Klassenherrschaft!“

Und das ist ein Resultat, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen!

### Von der Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Bebel, A., Unsere Ziele. 4. Auflage . . . . .	Thlr. — 2. 5.
Becher, B., Der alte und neue Jesuitismus . . . . .	— 6. —
— — — — — Briefe deutscher Vetterpatrioten. In 5 Bänden . . . . .	— 7. 5.
— — — — — Reaction in Deutschland gegen die Revolution v. 1848 . . . . .	— 22. 5.
— — — — — Ueberblick der Nationalökonomie . . . . .	— 10. —
— — — — — National-ökonomische Katechismus . . . . .	— 6. —
— — — — — Enthüllungen über das Februarische Saffat's . . . . .	— 6. —
*Becher, J. Ph., Wie und Wann? . . . . .	— 27. —
* — — — — — Geschichte der süddeutschen Mai-Revolution . . . . .	— 2. —
* — — — — — Borbote. Soj.-pol. Monatschrift. (6 Jahrgänge, 1866—1871) . . . . .	— 3. —
Bracke, W., Der Saffat'sche Beschlag . . . . .	— 5. —
Der Braunschweiger Ausschuß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Vöken und vor Bericht 1871 . . . . .	— 12. 5.
Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiterassoziation . . . . .	— 2. 5.
Der Zeitgeist . . . . .	— 2. 5.
Die dritte Niederlage des französischen Proletariats . . . . .	— 2. 5.
Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage und die Sozialdemokratie . . . . .	— 1. 5.
Diegen, Religion der Sozial-Demokratie, 1. 2. 3. . . . .	— 1. 5.
— — — — — National-Ökonomisches . . . . .	— 1. —
— — — — — Die bürgerliche Gesellschaft . . . . .	— 1. —
* — — — — — Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit . . . . .	— 15. —
Gilhofer, Internationale Arbeiter-Assoziation . . . . .	— 4. —
Engels, F., Zur Wohnungsfrage . . . . .	— 1. 5.
1. Heft: Die Proudhon die Wohnungsfrage 184 . . . . .	— 1. 5.
2. — — — — — Die Bourgeoisie die Wohnungsfrage 184 . . . . .	— 1. 5.
3. — — — — — Nachtrag über Proudhon u. die Wohnungsfrage . . . . .	— 1. 5.
— — — — — Die Bakunin an der Arbeit . . . . .	— 5. —
— — — — — Der Bauernkrieg . . . . .	— 5. —
Erinnerung an die letzten Wai Tage 1871 (Gedicht) . . . . .	— 5. —
Freimaurer und Sozialdemokrat . . . . .	— 6. —
* Grunwald, Programmliste des deutsch. Reichstags v. 1867—78 . . . . .	— 20. —
* Halppligtgesetz vom 7. Juni 1871 . . . . .	— 3. —
Herr Schöner und seine Fälschungen der Wissenschaft, begeben in seinem Buche: „Der Sozialismus und die Arbeiterfrage“ . . . . .	— 8. —
Hilkmann, Die intern. Arbeiter-Assoziation (1864—71), ihre Geschichte, Programm und Thätigkeit . . . . .	— 1. 5.
— — — — — Praktische Emanzipationsewinde . . . . .	— 1. 5.
Hirsch, Die angeblichen sozialen Theorien und die wirklichen Bestrebungen des Herrn Bakunin . . . . .	— 2. —
Hovh, Freie Gedanken (Gedichte) . . . . .	— 1. 5.

Jacoby, L., Es werde Licht (Vochen)	— 5. —
Jungaral-Adresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation v. 28. Oct. 1864 . . . . .	— 1. —
Kapital und Arbeit . . . . .	— 5. —
Kraffer, Dr. F., Anti-Syllabus (Gedicht) . . . . .	— 5. —
— — — — — Ceterum censes (Gedicht) . . . . .	— 5. —
Kassalt, F., Ueber Verfassungswesen . . . . .	— 2. —
— — — — — An die Arbeiter Berlins . . . . .	— 2. —
— — — — — Offenes Antwortschreiben . . . . .	— 1. 5.
— — — — — Nichte's Philosophie . . . . .	— 3. —
— — — — — Arbeiterlesebuch . . . . .	— 2. —
— — — — — Arbeiterprogramm . . . . .	— 2. 5.
— — — — — Die Wissenschaft und die Arbeiter . . . . .	— 3. —
— — — — — Criminalprozeß, III. Instanz . . . . .	— 3. —
— — — — — Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens . . . . .	— 8. —
— — — — — Franz von Sickingen . . . . .	— 12. 5.
— — — — — System der erworbenen Rechte . . . . .	— 5. —
— — — — — Die Feste, die Presse etc. . . . .	— 2. —
— — — — — Julian Schmidt . . . . .	— 12. 5.
— — — — — Erweiterung auf eine Recension der Kreuzzeitung über das Buch „Herr Bakunin-Schulte“ . . . . .	— 1. 5.
— — — — — Indirekte Steuern . . . . .	— 4. —
* La Marmora, Etwas mehr Licht, Enthüllungen über die pol. Ereignisse des Jahres 1866 . . . . .	— 1. 5. —
Leipziger Hochverrathprozeß. In 10—12 Lieferungen à . . . . .	— 2. 5.
Liebnecht, B., Zu Schuy und Trug . . . . .	— 2. 5.
— — — — — Die politische Stellung der Sozialdemokratie . . . . .	— 1. 5.
— — — — — Wissen ist Macht — Macht ist Wissen . . . . .	— 2. 5.
* Marx, Das Kapital. 2. Aufl. . . . .	— 3. —
— — — — — Der XVIII. Brumaire des Louis Bonaparte . . . . .	— 15. —
Mosk, Lieberbuch . . . . . geb. 4 Gr., ungeb. . . . .	— 3. —
— — — — — Kapital und Arbeit . . . . .	— 5. —
Protokoll des Stuttgarter Kongresses . . . . .	— 1. 5.
— — — — — des Dresdener Kongresses . . . . .	— 3. —
— — — — — des Schweizer Arbeiter-Kongresses zu Olten . . . . .	— 2. 5.
— — — — — Holzarbeiterkongress zu Nürnberg 1873 . . . . .	— 2. —
Photographien von Marx, Marx, Lassalle, Feuerbach, Bebel, Liebnecht, Heppner, Engels, Geib, Diegen, Mosk, Bahlsch, Bracke, Walfker, Joh. Jacoby, Garibaldi, Delescluze, Herrs, Rosfel, Willmer, Blanqui, Ballant, Crémieux, Courdet, Leo, Frankel etc.; in Visitenkartenformat . . . . .	— 2. 5.
— — — — — Gruppenbilder (Tableaux) der sog. Wiener, Braunschweiger, Leipziger und Pester Hochverräter . . . . .	— 2. 5.
— — — — — in Kabinetsformat . . . . .	— 6. —
— — — — — in Groß-folio (Lassalle, Brustbild) . . . . .	— 1. —
NB. Die mit * bezeichneten Schriften können nur gegen baar ab gegeben werden.	

**Versteckten**  
der Redaktion. L. M.: Ihre Ansichten über D. S. sind irrig. Derselbe ist ein notorisches Werkzeug der Reaction. — B. in London. Erhalten. Besten Dank. — Z. in Breslau: Erhalten. Wird befördert. — E. W. in Rünghen: Erhalten. Ja.  
der Expedition. Offig hier: Schr. 10 Gr. Arb.-Ver. Thonberg Ann. 9 Gr. E. Hombg hier: Abonn. Gr. 17. 5. 3. Schr. Mainz: 4. Du. 12 Thlr. Dr. hier: Schr. Gr. 2. 5. Dittsch Dittsch: Ab. Gr. 4. 5. Ob. Plagwitz: Schr. 4 Gr. Metallarb.-Gew. hier: Ann. 11 Gr. Soy dem. Arb.-Ver. hier: Ann. 1 Thlr. 8 Gr. Etmich Bitterfeld: Schr. 1 Thlr. Jns Celle: Schr. 1 Thlr. 10 Gr. Pisch Ludenwalde: Schr. 2 Thlr. 24 Gr. Eppst hier: Schr. 19 Gr. Sinmy Offenbach: Abonn. 1. Du. 16 Gr. Brnst u. Stimpf hier: Schr. 25 Gr. Frsch Dittsch Abonn. Gr. 5. 5. Hmann hier: Abonn. Gr. 5. 5. Bshim hier: Schr. Gr. 14. 9. Eppst hier: Schr. 24 Gr. Hrn Ebersfeld: Ann. 18 Gr. Ob Oppurg: Schr. 10 Gr. E. Wsl Gobraumstein: Schr. 2 Thlr. Kt Rünghen: Schr. Thlr. 4. 3. 8. Schum. -Gew. hier: Ann. 7 Gr. 8. Destrch Stolberg: Schr. Thlr. 5. 2. 5. Ann. 15 Gr.

**Berlin** Mittwoch, den 18. März, Abends, Brunnstr. 140, Grd Salon:  
**Allgemeine Parteiversammlung**  
zur Feier der Pariser Commune.  
Vortrag des Reichstagsabgeordneten Bahlsch. — An dieser Versammlung nehmen auch Frauen Theil. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Agitations-Comite.  
Jedermann hat freien Zutritt.

**Berlin** Freitag, den 20. März, Abends halb 9 Uhr: Sitzung des Agitations-Comite im Cafe Bach, Rüngher. 5.

**Berlin** Sonnabend, den 21. März d. J.: Stiftungsfest der Berliner Mitgliedschaft im Lokale des Herrn Breitshneider, Gartenstraße Nr. 13—14, bestehend in

**Concert, Feste und Ball.**  
Die Delegirten der Generatorsammlung werden diesem Feste be wohnen. Für das Festcomite: H. Hoffmann, Bevollmächtigter.

**Kleinzschocher** Mittwoch, den 18. März, Volksversamml ung in Lange's Restauration Punkt 8 U Abends. Tages-Ordnung: 1) Das Resultat der letzten Reichstagswol 2) Der 18. März 1848 und 1871. Referent: Ramm.  
Das Comite.

**Leipzig** Freitag, den 20. März, Abends 8 Uhr bei Fabit Turnerstraße 3.  
Tages-Ordnung: Diskussion über das Impfs Gesetz. — Sozial-politisch Wochenbericht.  
Gäste willkommen. Der Vorstand.  
Leipzig. Eine freundliche Schlafstube ist sofort zu vergeben Colporteur J. Müller, Bayerische Straße 8b. 4. Stage.  
Ich suche für meine Conditorei einen Lehrling ohne Lehrgeld mit dreijähriger Lehrzeit.  
Martin, Conditorei in Leipzig, Schürdtergäßchen 6.

# Arbeits-Hosen.

Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr.  
Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr.  
Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr.  
Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27/4 Sgr.  
empfehlit  
**Louis Guttman**

No. 24 Grimmische Strasse No. 2  
**An die Filialexpeditionen.**  
Alle überzähligen Exemplare des „Volksstaat“ von Nr. 14—25 b. wollen baldigst rückgehandt werden.  
Leipzig. [3a] Die Expedition des „Volksstaat“.  
Bezahlige Exemplare der Jahrgänge 1870 und 1871 des Volksst werden gekauft von der Expedition des Volksstaat.  
Leipzig: Verantw. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion u. Expedi tionstr. 44.) Druck und Verlag der Gesellschaftsdruckerei.